Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

[illegible]

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1990

Nr. 290 — Donnerstag, den 13. Dezember 1928 — 23. Jahrgang

Lugano ist kein Schnellzug!

Das Ergebnis der ersten Aussprache. — Optimismus in Paris — Nüchternheit in Berlin

Die ersten Aussprachen zwischen Dr. Stresemann, Briand und Chamberlain sind vorüber. Keine Frage, daß sie von den drei Außenministern mit der gewohnten diplomatischen Geschicklichkeit geführt wurden. Die Pressekonferenzen, die sich anschlossen, waren in gleicher Weise aufgezogen. Man muß derartigen Konferenzen persönlich beigewohnt haben, um deren Bedeutung und Wert auf das richtige Maß zurückführen zu können. Selbstverständlich, daß die Außenminister in diesen Pressekonferenzen nicht [illegible] ihre Auffassungen darlegen und auf Fragen, die [illegible] sie gerichtet werden — vielfach sind sie auch bestellt! — eine bündige Antwort geben, die Ausführungen der Minister sind regelmäßig auch an die Adresse der Heimat und für die aufmerksam lauschenden Ohren des Auslandes gerichtet.

Der deutsche Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist dieses Mal nicht gerade in optimistischer Stimmung nach Lugano gefahren. In Berliner politischen Kreisen weiß man sehr gut, wie er über die Unterhauserklärung Chamberlains im allgemeinen und über einige Stellen der letzten Briandrede dachte. Auch der persönliche Besuch des englischen Botschafters in Berlin in der Wilhelmstraße, der das Ziel hatte, den deutschen Reichsaußenminister über die Unterhauserklärung Chamberlains zu beruhigen, konnte ihn nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die englische Außenpolitik die Thesen von Paris unterstützt. Wenn Dr. Stresemann auch glaubt, einem beruflichen Optimismus huldigen zu sollen, so ist er doch diplomatisch viel zu klug, um nicht den Wert der Versicherung Chamberlains richtig einzuschätzen, daß der endgültige Termin für die vollständige Räumung der besetzten Gebiete noch vor den englischen Wahlen festgesetzt werden möge, die bekanntlich im Frühjahr oder Sommer des nächsten Jahres stattfinden werden.

Die Pariser Presse macht nach den ersten Ministerbesprechungen geradezu auffallend in Optimismus. Alle Mißverständnisse der letzten Monate sollen restlos geklärt und das Einvernehmen zwischen Deutschland und den alliierten Regierungen soll niemals größer gewesen sein als jetzt. Die letzten Wolken, die seit Wochen die politische Atmosphäre verdüsterten, wären hinweggefegt. Der fröhliche Optimismus der Pariser in allen Ehren! Man hatte in der französischen Hauptstadt scharfe Auseinandersetzungen zwischen Dr. Stresemann und Briand erwartet und ist nunmehr glücklich darüber, daß Dr. Stresemann die Entgleisungen Briands und Chamberlains nicht zu einer Gegenaktion benützte. Der deutsche Außenminister wird wieder einmal mit persönlichen Liebenswürdigkeiten überschüttet. Im übrigen ist die Pariser Presse wieder so voller Hoffnungen und Vertröstungen, wie wir es in den Tagen vor Locarno erlebten.

Für die deutsche öffentliche Meinung liegen die diplomatischen und politischen Verhältnisse aber heute wesentlich anders. Versicherungen der Art, wie wir sie in und nach Locarno immer wieder hörten, verfangen nicht mehr. Nicht nur die Politiker, auch die breiten Schichten des Volkes sind skeptisch geworden. Es herrscht tatsächlich eine ausgesprochene Krisis des Vertrauens. Deshalb hat auch der französische Sozialistenführer Leon Blum völlig recht, wenn er am Dienstag im „Populaire" erklärt, daß man nicht sehr viel weiter kommt, wenn man alle drei Monate genötigt ist, das Vertrauen, welches die Grundlage jeder wirklichen Verständigungspolitik bilden muß, wiederherzustellen. Es wäre schon besser, wenn es nicht alle Augenblicke in Frage gestellt und den schwersten Erschütterungen ausgesetzt würde.

Wir können nur davor warnen, von Lugano allein dieses Wunder zu erwarten. Ist es doch immer noch zweifelhaft, ob eine Aussprache zu Dreien zustande kommt und ob in ihr über die brennenden Tagesfragen mit solchem Erfolg verhandelt wird, daß ein auch uns befriedigendes Ergebnis zustande kommt. Auf Grund der letzten Nachrichten aus Lugano ist kaum anzunehmen, daß die Befreiung der besetzten Gebiete in Lugano einen Schritt weiter kommt. Es ist ferner fraglich, ob die Einberufung der Sachverständigenkonferenz in Lugano endgültig geregelt wird, da nach Auffassung Chamberlains die Außenminister in dieser Frage nur die Vermittler der Auffassungen ihrer Regierungen sein können. Die alliierten Regierungen haben sich freilich mit Frankreich im Prinzip geeinigt, die deutsche Reichsregierung ist jedoch, wie amtlich verlautet, entgegen anders lautenden Meldungen noch ohne Nachricht über die Absichten Poincares.

Allgemein gespannt ist man darauf, ob es zu Verhandlungen über die Einrichtung, die Aufgaben und die Dauer des sogenannten Feststellungs- und Versöhnungsausschusses kommt, der nach französischem Wunsch in Funktion treten soll, wenn die besetzten Gebiete vollständig geräumt sind. Wir glauben gerne den französischen Meldungen, nach denen Briand vergeblich versucht, Dr. Stresemann klar zu machen, daß es für Deutschland auch nach 1935 vorteilhafter sei, sich im Falle einer Uebertretung der Bestimmungen über die entmilitarisierte Rheinlandzone vor dieser Kommission zu verantworten, als vor dem Völkerbundsrat. Dr. Stresemann hat keine Angst vor diesem Rat und verharrt erfreulicherweise auf seiner Weigerung. Briand dagegen, der in Genf vorläufig auch eine Ueberwachung einer französischen Zone einräumte, ist bemüht, dieses Zugeständnis wieder rückgängig zu machen.

Aussichtsreicher scheinen die Beratungen des Völkerbundsrats hinsichtlich der vorbereitenden Abrüstungskommission zu sein. Generalsekretär Drumond wünscht nämlich ihre Tagung im nächsten Februar. Sie soll sich aber ausschließlich mit Nebenfragen befassen, wie mit dem russischen Vorschlag auf vollständige Abrüstung und der Veröffentlichung der Militärbudgets. Nach 14 Tagen könnte die Kommission sich wieder vertagen. So wäre wenigstens etwas geschehen und der Schein gewahrt worden.

Heute Aussprache zu dreien!

Das „Berliner Tageblatt" meldet aus Lugano: Nach den Besprechungen, die Briand und Chamberlain mit Stresemann gehabt haben, wird nunmehr eine Aussprache zu dreien ins Auge gefaßt. Da man immerhin mit der Möglichkeit rechnen zu müssen glaubt, daß Chamberlain mit Rücksicht auf das Befinden des Königs Georg unter Umständen Lugano früher als beabsichtigt verlassen muß, wird diese Besprechung zu dreien möglicherweise schon während des heutigen Tages stattfinden. Endgültig steht dies jedoch noch nicht fest.

Hoesch bei Poincaré

Noch keine Entscheidungen

Ministerpräsident Poincare hatte heute Botschafter von Hoesch um einen Besuch gebeten, um mit ihm über die Einsetzung des Sachverständigenausschusses zur Reparationsfrage zu sprechen. In der Unterredung, die daraufhin heute nachmittag stattfand, und die eine Stunde dauerte, wurden die noch ausstehenden Fragen nochmals einer eingehenden Prüfung unterzogen. Ein Schriftstück wurde dem Botschafter nicht übergeben.

Diese Auslassung beweist, daß Meldungen des „Temps" über eine bereits erfolgte oder unmittelbar bevorstehende Einigung zumindest als verfrüht bezeichnet werden müssen.

Hinter den Kulissen in Lugano

Italiens Mittelmeerpolitik

Das Erscheinen des italienischen Unterstaatssekretärs Grandi in Lugano, der bekanntlich zum engsten Freundeskreise Mussolinis gehört, mußte den Völkerbundsfreunden umso mehr auffallen, als der bewährte Völkerbundspolitiker Italiens, Sciolaja, völlig übergangen wurde. Man vermutete sogleich, daß Grandi in besonderer Mission erschienen wäre. Wenn indessen angenommen wurde, daß Mussolinis Freund besonders aufmerksam den Verhandlungen der Außenminister folgen und Rom hierüber bestens unterrichten sollte, so hat sich diese Annahme schon jetzt als irrig erwiesen. Unterstaatssekretär Grandi hat nämlich jetzt schon seine römischen Aufträge in Lugano erledigt, so daß er am Mittwoch nach Rom zurückreiste.

Unterstaatssekretär Grandi hatte eingehende Aussprachen mit Dr. Stresemann, Briand und Chamberlain. Die französische Presse macht ein großes Aufheben von der Begegnung Grandis mit Briand. Regierungsjournalist Sauerwein dürfte wohl der Wahrheit am nächsten gekommen sein, wenn er berichtet, daß die Unterhaltung beider Diplomaten den Zweck hatte, die Beziehungen Frankreichs zu Italien zu klären, die durch die heftigen Zeitungspolemiken über das französische Geschworenenurteil gegen den Mörder des Grafen Nardini getrübt wurden. Es ist an dieser Stelle bereits darauf hingewiesen worden, daß trotz der italienischen Zeitungsschlacht die italienisch-französischen Verhandlungen weitergehen. In der Tat bestätigt auch jetzt der „Matin", daß der französische Botschafter in Rom in wenigen Tagen Mussolini einen Vorschlag der französischen Regierung unterbreiten werde, der die rechtliche Stellung der in Tunis lebenden Italiener und Grenzverbesserungen zwischen der französischen Sahara und dem italienischen Tripolis betrifft. Auf beiden Seiten gibt man sich der Hoffnung hin, zu einer Einigung zu gelangen, und im Anschluß daran einen französisch-italienischen Freundschaftsvertrag abschließen zu können.

Vielleicht noch bedeutungsvoller sind die Verhandlungen, die Staatssekretär Grandi mit dem englischen Außenminister Chamberlain führte. Es handelt sich dabei um die italienische Außenpolitik im östlichen Mittelmeer und die Durchführung der englisch-italienischen Vereinbarungen über die östliche Mittelmeerpolitik. Die italienischen Bemühungen, einen englisch-türkisch-griechischen Dreibund abzuschließen, stießen bisher in Athen auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Die Türkei und Griechenland konnten sich nicht finden. Mussolini wünschte nun zu wissen, ob die englische Regierung die bisherige Politik Italiens im östlichen Mittelmeer billigt und die vermittelnde Tätigkeit Roms in Athen zu unterstützen gedenkt. In den Unterredungen Grandis mit Chamberlain wies der italienische Unterstaatssekretär darauf hin, daß nach den zwischen Chamberlain und Mussolini in Livorno getroffenen Abmachungen Italien freie Hand für seine wirtschaftlichen Interessen im östlichen Mittelmeer überlassen wurde. Chamberlain pflichtete Grandi bei. Damit war dessen Mission erledigt. Er reiste nunmehr nach Rom zurück und wird in wenigen Tagen sich nach Angora einschiffen.

Stegerwald legt sein Amt als Fraktionsvorsitzender nieder.

Der „Deutsche" meldet: Der Vorstand der Reichstagsfraktion des Zentrums tritt heute nachmittag zusammen, um auch die Neuwahl des Fraktionsvorsitzenden zu besprechen. Der bisherige Fraktionsvorsitzende war Dr. Stegerwald. Dieser steht auf dem Standpunkt, daß das Amt des Parteivorsitzenden und des Fraktionsvorsitzenden in einer Hand vereinigt sein müsse. In Verfolg dieser seiner Ansicht wird er jetzt den Vorsitz in der Fraktion niederlegen.

Der Gaskrieg vor dem Reichstag

Was man sich in den Wandelhallen erzählt

Bei Eröffnung des Reichstages macht Präsident Löbe die Mitteilung von einem Danktelegramm des neuen österreichischen Bundespräsidenten Miklas. Dem ehemaligen Reichstagsvizepräsidenten Dove sind die Glückwünsche des Reichstages zu seinem 75. Geburtstage übermittelt worden.

Auf der Tagesordnung steht zuerst die Beratung eines Gesetzentwurfes über das

Genfer Protokoll wegen Verbots des Gaskrieges.

Abg. Stöcker (Komm.) bezeichnet das Protokoll als eines der heuchlerischen Dokumente des Völkerbundes. Keine der imperialistischen Mächte werde sich an das Verbot halten. In der ganzen Welt werde fieberhaft für den Gaskrieg gerüstet, auch in Deutschland. Das sei bewiesen durch die Aufdeckung der Blaukreuzvorräte. In Hamburg und in der Schichau-Werft würden Hunderttausende von Gasgranaten hergestellt. (Bei diesen Worten stellen die Kommunisten eine große Granate auf den Tisch des Hauses.)

Abg. Ritter von Epp (Nat.-Soz., von den Kommunisten mit dem Rufe: Arbeitermörder! empfangen) bezweifelt, daß das Genfer Protokoll praktisch zu einer Einschränkung des Gaskrieges führen werde. Die Nationalsozialisten würden der Ratifikation zustimmen, aber es müsse alsbald ein Schutz der Bevölkerung für die Gasangriffe geschaffen werden. Wenn tatsächlich bei Schichau Granaten hergestellt würden, sei es tief bedauerlich, daß diese Dinge im Reichstag mitgeteilt würden. Die Nationalsozialisten würden zehn Millionen für die Einrichtung eines Gas- und Luftschutzes beantragen.

Die Vorlage wird dem Haushaltausschuß überwiesen.

Dann wurde eine Reihe anderer Vorlagen erledigt, an denen das Haus ein geringes Interesse zeigte: der Saal war nahezu leer.

•

Umso lebhafter ging es in den Wandelhallen und Erfrischungsräumen her, zumal sich in den letzten Tagen ein außergewöhnlicher politischer Gesprächsstoff angesammelt hatte. Da war an erster Stelle der Kölner Parteitag des Zentrums, der neue Vorsitzende der Zentrumspartei, Prälat Dr. Kaas, und im Zusammenhang damit der Beschluß des Aeltestenrates im Preußenparlament, die Konkordatsfrage vorläufig von den parlamentarischen Verhandlungen abzusetzen. Die [illegible]

SLUB
Wir führen Wissen.